

Fragen zu den Themen Klimaschutz, Verkehr und Energie							
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...							
Partei	...ein ambitioniertes Landes-Klimaschutzgesetz erarbeitet wird, mit definierten CO2-Minderungszielen und Ausbauzielen für die Nutzung der erneuerbaren Energien?	...der Flächenverbrauch für Verkehrs- und Siedlungsflächen mit konkreten Vorgaben über ein "Gesetz gegen ungebremsten Flächenfraß" reduziert wird?	...der Energieverbrauch im Gebäudebereich schon in der Neubauphase reduziert wird, indem beispielsweise im Gebäude-Energie-Gesetz (Bundesgesetz) verpflichtend eine Lebenszyklusanalyse für Neubau & Sanierung eingeführt wird?	...bei Neubauten und Dachsanierungen sowie auf Parkplätzen die Installierung von Solaranlagen verpflichtend wird?	...auf Grundlage eines Gesetzes zur Förderung des Radverkehrs die landesweite Fahrrad-Infrastruktur deutlich attraktiver und damit eine wirkliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr wird (z.B. über Einrichtung von Radschnellwegen, Errichtung von Mobilitätsstationen, bessere Verknüpfung mit dem ÖPNV)?		
PIRATEN	ja	ja	ja	ja, Erläuterungen: Bei Sanierungen müßte man sehen, ob andere sinnvolle Varianten wie Dachbegrünung auch sinnvoll.	ja		
Bündnis 90/ Die Grünen M-V	ja, Erläuterungen: Die Erarbeitung eines Landes-Klimaschutzgesetzes ist Teil unseres Wahlprogramms. Wir wollen ein Gesetz mit verbindlichen und zeitlich definierten Treibhausgas-Minderungszielen. Und wir wollen das Thema Klimaschutz in der Landesverfassung verankern. Im Vergleich zu 1990 müssen die CO2-Emissionen bis 2025 um 70 Prozent, bis 2030 um 90 Prozent und bis 2035 um 100 Prozent gesenkt werden.	ja, Erläuterungen: In unserem Wahlprogramm ist enthalten: Wir wollen, dass die Flächenversiegelungen durch Bau-, Siedlungs- und Verkehrsprojekte weiter reduziert werden. Die Nachnutzung von bereits genutzten und versiegelten Flächen muss absolute Priorität haben. Appelle haben in dieser Hinsicht wenig bewirkt. Ohne entsprechende gesetzliche Vorgaben wird z.B. das Prinzip Innen- vor Außenentwicklung in den Kommunen kaum umgesetzt. Immer wieder werden Eigenheimgebiete auf wertvollen Ackerböden am Rand der Kommunen errichtet, obwohl es Alternativen gäbe. Wir müssen zu einem Netto-Null-Flächenverbrauch kommen, denn Boden ist eine unendlich wertvolle Ressource, mit der sehr sparsam umgegangen werden sollte.	ja, Erläuterungen: Der Energiesektor im Gebäudebereich bietet große Einsparpotentiale. Derzeit werden 40 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs für Raumheizung und Warmwasser verwendet. Im Wärmesektor werden somit ein Drittel der deutschen CO2-Emissionen verursacht. Die Reduzierung des Verbrauchs in Gebäuden, hohe Energieeffizienzstandards und der Ausstieg aus der fossilen Wärme sind vor diesem Hintergrund zentrale Themen der Energiewende und damit grundlegend für den Klimaschutz. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen bis 2040 alle Gebäude in Deutschland einen nahezu klimaneutralen Energiestandard erreichen. Heute entsprechen lediglich die Hälfte der 18 Millionen Wohngebäude in Deutschland dem aktuellen Wärmeschutzstandard. Durch effektivere Isolierungen muss die Wärme in den Gebäuden gehalten werden und überall da, wo es möglich ist, sollte Restwärme genutzt werden. Flächenheizungen mit geringeren Vorlauftemperaturen ermöglichen es, Wärmepumpen und Abwärme aus Industrieprozessen besser zu nutzen und Transportverluste in Wärmenetzen gering zu halten. Energieinsparpotentiale ergeben sich auch beim Bauen selbst. Der Bausektor trägt mit ca. 8 Prozent zu den deutschen Treibhausgas-Emissionen bei. Das Instrument der Lebenszyklusanalyse für ein Gebäude ist ein	ja	ja, Erläuterungen: Bündnis 90/Die Grünen sind DIE Radfahrer*innenpartei. Wir sorgen für moderne Radverkehrsinfrastruktur, so dass auch 10-jährige Kinder, die nicht mehr auf dem Bürgersteig fahren dürfen, dort ohne Überforderung alleine fahren können. Wir schaffen sichere Fahrradabstellanlagen an Haltestellen entlang der ÖPNV-Schnellverbindungen. Wir stellen die Finanzierung der AGFK M-V (Arbeitsgemeinschaft für fahrad- und fußgängerfreundliche Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern) auf sichere Beine. Und wir sorgen dafür, dass das Land seine Kommunen bei Investitionen in die Radverkehrsinfrastruktur mit einem bedarfsgerechten Budget unterstützt. Wir wollen, dass das Land landesbedeutsame Radwege selbst plant, baut, finanziert und unterhält. So entscheidet gemeinsam mit den Kommunen ein flächendeckendes Radwegenetz.		
Bündnis C- Christen für Deutschland	nein	nein, allenfalls für Großstädte Erläuterungen:	nein	nein	ja		

Fragen zu den Themen Klimaschutz, Verkehr und Energie					
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...					
Partei	...ein ambitioniertes Landes-Klimaschutzgesetz erarbeitet wird, mit definierten CO2-Minderungszielen und Ausbauzielen für die Nutzung der erneuerbaren Energien?	...der Flächenverbrauch für Verkehrs- und Siedlungsflächen mit konkreten Vorgaben über ein "Gesetz gegen ungebremsten Flächenfraß" reduziert wird?	...der Energieverbrauch im Gebäudebereich schon in der Neubauphase reduziert wird, indem beispielsweise im Gebäude-Energie-Gesetz (Bundesgesetz) verpflichtend eine Lebenszyklusanalyse für Neubau & Sanierung eingeführt wird?	...bei Neubauten und Dachsanierungen sowie auf Parkplätzen die Installation von Solaranlagen verpflichtend wird?	...auf Grundlage eines Gesetzes zur Förderung des Radverkehrs die landesweite Fahrrad-Infrastruktur deutlich attraktiver und damit eine wirkliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr wird (z.B. über Einrichtung von Radschnellwegen, Errichtung von Mobilitätsstationen, bessere Verknüpfung mit dem ÖPNV)?
SPD M-V	ja	nein, Erläuterungen: Es existieren längst gesetzliche Regelungen, die ungehinderten Flächenverbrauch deutlich reduzieren.	unentschieden, Erläuterungen: Eine solche Analyse ist mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden. Dies kann bei unsachgemäßer Regelung zu erheblichem Mehraufwand führen..	unentschieden, Erläuterungen: Bei Parkplatzflächen begrüßen wir eine Solarpflicht mindestens für Teile der Fläche; bei Neubauten und Dachsanierungen darf man gerade in M-V einkommensschwächere Haushalte nicht aus dem Blick verlieren und braucht entsprechend eine sozialverträgliche Lösung.	nein, Erläuterungen: Das Fahrrad ist nur eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Zudem befindet sich mit dem Integrierten Landesverkehrsplan bereits ein Konzept in Umsetzung. Die kommunale Ebene erhält für die Förderung des Radverkehrs zudem zusätzliche Mittel über das Finanzausgleichsgesetz.
Freiparlamentarische Allianz, FPA	ja, Erläuterungen: Laut Expert:innen ist das auf jeden Fall notwendig und wir müssen die Energiewende deutlich voran bringen. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung vor Ort entscheidend ist. Diese möchten wir miteinbinden und von der Notwendigkeit überzeugen, um erfolgreich zu sein. Hier sehen wir eine große Chance für einen Klima-Bürger:innenrat, bestehend aus 100 Leuten wohnhaft in MV, die dann Ziele und Maßnahmen ausarbeiten. Viele der folgenden Fragen gehöre in diesen Rahmen, trotzdem beziehen wir Stellung zu den Fragen, auch wenn wir uns wünschen schlussendlich gemeinsam mit der Bevölkerung zu erarbeiten.	unentschieden, Erläuterungen: Das Thema Versiegelung ist ein großes Thema für Umweltschutz. Und somit auch für uns. In MV allerdings haben wir aber vor allem landwirtschaftliche Flächen, die zu umweltschädlichen Effekten führen KANN. Auch ist es hier dementsprechend eher unüblich, dass solche Flächen zu Bauland werden. Grundsätzlich aber müssen solche Themen besprochen und gelöst werden, aber auch hier nur gemeinsam, denn sonst werden Fehler in der Gesetzgebung gefunden. Das Thema Versiegelung ist ebenfalls ein zentrales Thema des Klimaschutzes und würde demnach Raum im Bürger:innenrat für Klimaschutz finden. Hierbei geht es nicht darum, dass Politiker:innen sich diesen Fragen nicht mehr stellen, sondern, dass lokale Antworten gefunden werden und die Menschen, die davon betroffen sind, diese auch mittragen. Aber selbstverständlich müssen wir weiteren Versiegelungen von Flächen entgegen wirken und teilweise sogar wieder rückgängig machen.	ja, Erläuterungen: Absolut! Dass Neubauten noch nicht klimafreundlich gebaut werden, ist eine Phrase. Abgesehen davon, dass wir viel Leerbau haben.	ja, Erläuterungen: Die Energiewende muss mindestens 4x schneller voran gehen als bisher getan wird. Es gibt durchaus umweltkritische Folgen durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien wie seltene Erden und ähnliches. Das darf nicht vergessen werden und auch hierfür muss eine Lösung gefunden werden. Aber wir kommen nicht drum rum, die Energiewende weiter voranzubringen und dazu gehört auch alle Flächen wie geeignete Dächer für Solarenergie zu nutzen.	ja, Erläuterungen: Unbedingt! Alternativen müssen ausgebaut und vor allem attraktiver gestaltet werden. Aber auch die muss logisch und intelligent umgesetzt werden. Selbst hier gibt es Beispiele aus der bisherigen Politik, die einen nur verzweifeln lassen.
Team Todenhöfer - Die Gerechtigkeitspartei	ja	ja	ja	ja, Erläuterungen: aber nur, wenn dies energetisch sinnvoll ist (Verschattung beachten etc.)	ja

Fragen zu den Themen Klimaschutz, Verkehr und Energie						
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...						
Partei	...ein ambitioniertes Landes-Klimaschutzgesetz erarbeitet wird, mit definierten CO2-Minderungszielen und Ausbauzielen für die Nutzung der erneuerbaren Energien?	...der Flächenverbrauch für Verkehrs- und Siedlungsflächen mit konkreten Vorgaben über ein "Gesetz gegen ungebremsten Flächenfraß" reduziert wird?	...der Energieverbrauch im Gebäudebereich schon in der Neubauphase reduziert wird, indem beispielsweise im Gebäude-Energie-Gesetz (Bundesgesetz) verpflichtend eine Lebenszyklusanalyse für Neubau & Sanierung eingeführt wird?	...bei Neubauten und Dachsanierungen sowie auf Parkplätzen die Installierung von Solaranlagen verpflichtend wird?	...auf Grundlage eines Gesetzes zur Förderung des Radverkehrs die landesweite Fahrrad-Infrastruktur deutlich attraktiver und damit eine wirkliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr wird (z.B. über Einrichtung von Radschnellwegen, Errichtung von Mobilitätsstationen, bessere Verknüpfung mit dem ÖPNV)?	
DIE. LINKE M-V	ja	nein, Erläuterungen: Zielvorgaben zur Reduzierung des Flächenverbrauchs sind nötig. Ein ungebremster Flächenfraß erfolgt jedoch nicht in MV. Innenentwicklung mit Verdichtung, Brachflächenutzung und Umnutzung haben Vorrang gegenüber einer Außenentwicklung. Die Steuerung sollte über die Regionalen Raumentwicklungsprogramme und Stadt-Umland-Konzepte erfolgen. Entsigelung und Versiegelung müssen sich künftig die Waage halten.	ja, Erläuterungen: Die Verpflichtung zur Lebenszyklusanalyse sollte jedoch nur für öffentliche Bauten gelten, die ohnehin Vorbildwirkung haben, zudem allenfalls im Falle von Förderung als Voraussetzung eingeführt werden. Eine weitere Verteuerung des Bauens und Wohnens hat gravierende soziale Auswirkungen.	ja, Erläuterungen: Für Nichtwohngebäude auf jeden Fall, Für Wohngebäude sollte dies geprüft werden, da Belange des Denkmalschutzes, Gestaltungsansatzungen, statische sowie gegebenenfalls auch brandschutztechnische Belange zu berücksichtigen sind.	nein, Erläuterungen: Ein Gesetz ist nicht zielführend. Die kommunale Verkehrssplanung und Stadtentwicklung ist Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Ein landesweites Radwegenetz ist unser Ziel. Eine höheres Förderniveau beim Radwegebau bzw. Neuaufteilung des Verkehrsraum, die Verstärkung der Sanierung kommunaler touristischer Fernradwege, die strategische Fortführung des Lückenschlussprogramms an Landstraßen sind notwendig.	Ein
CDU M-V	nein, Erläuterungen: Klimaschutzkonzept der Landesregierung ist ausreichend	nein, Erläuterungen: "Flächenfraß" besteht auch in anderen Bereichen. Erneuerbare Energien Ausgleichsleistungen für Eingriffe führen ebenfalls zu erheblichen Flächenverbräuchen.	nein, Erläuterungen: Die Errichtung neuer Wohngebäude führt schon heute zu erheblichen Kosten von ca. 3000 Euro/m2. Weitere Maßnahmen die zur Verteuerung des Wohnraumes führen halten wir für nicht tragbar	nein	nein	
FREIER HORIZONT	nein, Erläuterungen: Der Ansatz ist schon falsch. CO2 ist nicht der einzige klimarelevante Faktor. Sogenannte "Erneuerbare Energien" sind nicht die Lösung für Umweltprobleme, sondern sind zumeist selber welche.	ja, Erläuterungen: Und der Flächenfraß z.B. für Photovoltaik im Außenbereich sollte mit enthalten sein.	ja	nein, Erläuterungen: keine Verpflichtungen. Allerdings gehören PV-Anlagen wenn, dann auf diese Flächen - und nur dort.	ja	
AfD M-V	nein	ja	nein	nein	nein	
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	ja, Erläuterungen: 100% erneuerbare Energien bis 2030	ja, Erläuterungen: innerhalb von zehn Jahren auf Null	ja	ja, Erläuterungen: im Bundesprogramm der ÖDP festgeschrieben	ja	
Partei für Gesundheitsforschung	keine Angaben, Erläuterungen: Die Partei für Gesundheitsforschung ist eine Ein-Themen-Partei, die als einziges Ziel hat, die Entwicklung wirksamer Medizin gegen Alterskrankheiten wie Krebs und Alzheimer zu beschleunigen. Sie setzt sich dafür ein, dass mehr staatliche Forschungsinstitute gebaut und betrieben werden und die entsprechenden Fachbereiche an den Universitäten ausgebaut werden. Ihr Ziel will sie in Zusammenarbeit mit anderen Parteien erreichen. In alle anderen politischen Themen will sie sich nicht einmischen.					

Fragen zum Thema Naturschutz									
Partei	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der ehemalige Grenzstreifen, das heutige Grüne Band, auch in M-V als Nationales Naturmonument ausgewiesen und in einen umfassenden Biotopverbund eingebunden wird?	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Natura 2000-Gebiete mittelfristig und vollumfänglich ihren Schutzzweck erfüllen und werden Sie dies auch durch wirksame Ge- und Verbote, z.B. durch Untersagung der Anwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln oder durch Festlegung rechtsverbindlicher Befahrensregeln für den Wassersport, gewährleisten?	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der teils dramatische Verlust der Biodiversität in unserem Bundesland mit einer ressortübergreifenden Landesstrategie endlich wirksam gestoppt wird?	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die lange angekündigte Novelle des Landeswassergesetzes endlich vollzogen und für eine umfassende Stärkung des Oberflächengewässer- und Grundwasserschutzes genutzt wird?	Werden Sie sich dafür engagieren, dass die vergleichsweise hohe Förderung für den ländlichen Wegebau künftig an transparente und nachvollziehbare Nachhaltigkeitskriterien geknüpft und mit Maßnahmen zur Entwicklung des Biotopverbundes kombiniert wird?	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Umweltbildungsangebote im Land ausgeweitet werden und die Landesförderung dafür auf das ursprüngliche Niveau angehoben wird?	Werden Sie die traditionsreiche Landeslehrstätte für Naturschutz und nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern (LLS) als zentrale Weiterbildungs- und Kommunikationsplattform im Natur- und Umweltschutz personell und organisatorisch stärken und damit ein qualifiziertes Veranstaltungsprogramm, sowie die Naturschutz- und BNE-Informationendienste sichern?		
PIRATEN	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	
Bündnis 90/ Die Grünen M-V	ja. Erläuterungen: Nach dem Vorbild anderer Bundesländer, wie Thüringen und Sachsen-Anhalt, unterstützen auch wir in Mecklenburg-Vorpommern die Festlegung des ehemaligen innerdeutschen Grenzstreifens als "Nationales Naturmonument". Dieser ehemalige Grenzstreifen ist von großer ökologischer Bedeutung und Bestandteil eines einmaligen Biotopverbundes quer durch Europa. Wir unterstützen auch Vorhaben, die das teilweise bereits anderweitig genutzte Areal durch Flächenerwerb für das Naturschutzgroßprojekt sichern.	ja. Erläuterungen: Die NATURA 2000-Gebiete sind das Rückgrat des EU-weiten Schutzes der biologischen Vielfalt. Diese Gebiete müssen endlich umfassend naturschutzgerecht behandelt werden. Das ist in unserem Bundesland leider noch nicht der Fall. Bündnis 90/Die Grünen engagieren sich seit vielen Jahren dafür, dass zum Beispiel die Landwirtschaft in diesen Gebieten ohne Pestizide und chemisch-synthetische Dünger erfolgt, um eben den Schutz der Biodiversität und eine nachhaltige Bewirtschaftung sicher zu stellen. Auch die Küsten- und Meeresschutzgebiete werden von uns in den Fokus genommen. Sie werden seit Jahren nicht naturschutzkonform genutzt. Das Miteinander von Freizeitaktivitäten, Naturschutzaufgaben, Naherholung und Nutzung braucht verbindliche Regeln. Freiwillige Vereinbarungen sind für das Management dieser großen Gebiete allein nicht geeignet. Für Naturschutz und Artenvielfalt werden wir deshalb zeitgemäße, wirksame Verordnungen für alle Naturschutzgebiete erarbeiten und die Defizite beim Schutz von Natura-2000-Gebieten und gesetzlich geschützten Biotopen beseitigen, werden wir die Einrichtung weiterer Schutzgebiete prüfen und Schutzgebiete länderübergreifend vernetzen und werden wir den Einsatz von Pestiziden und chemisch-synthetischen Düngern in Natura-2000-Gebieten untersagen.	ja. Erläuterungen: Bisher hat nur das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt eine Teilstrategie zum Schutz der biologischen Vielfalt in seinem Verantwortungsbereich entwickelt und die darin festgelegten Ziele bisher massiv verfehlt. Der Schutz und die Förderung der Biodiversität geht nur mit einer ressortübergreifenden Landesstrategie, die auch die Bereiche Energie, Verkehr, Wirtschaft und Bildung mit einbeziehen muss. Eine solche Strategie ist Teil unseres Programms.	ja. Erläuterungen: Bündnis 90/Die Grünen weisen seit Jahren auf die Defizite beim Schutz unseres Grundwassers und unserer Oberflächengewässer. Dass die durch die Landesregierung mehrfach angekündigte Novelle des Landeswassergesetzes noch nicht umgesetzt wurde, ist ein Armutszeugnis für die Umweltpolitik der Landesregierung. Bündnis 90/Die Grünen werden das besser machen. Wir sehen die absolute Dringlichkeit unser zunehmend verschmutztes Grundwasser in guter Qualität für die Zukunft zu sichern. Dafür braucht es Gewässerentwicklungszonen an Fließgewässern, braucht es Pufferstreifen an Söllen, braucht es ökologische Landwirtschaft in Trinkwasserschutzgebieten, braucht es neue Regelungen für die Entnahme von Wasser durch Industrie und Landwirtschaft. Wir müssen mit unserem wichtigsten Lebensmittel, dem Wasser, einen grundsätzlich anderen Umgang pflegen. Der Schutz der menschlichen Gesundheit, der Schutz der Artenvielfalt, der Erhalt einer einmaligen Gewässervielfalt sind uns dabei besondere Anliegen. Mehrere EU-Richtlinien, so die EU-Wasserahmenrichtlinie und die EU-Nitratrüchlinie, geben dafür die Leitlinien vor, denen wir unbedingt mit ausreichend Personal folgen möchten.	ja. Erläuterungen: Ländlicher Wegebau ist seit Jahrzehnten einer der größten Förderposten im Rahmen der EU-Fonds für den ländlichen Raum. Die Praxis zeigt viele gute Beispiele für die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur, aber leider auch etliche Schäden, die durch den Ausbau von landschaftlich reizvollen und ökologisch sowie landschaftskulturell wertvollen Wegen entstanden sind. Deshalb ist uns wichtig, dass künftige Maßnahmen des Wegebbaus nur noch nach bestimmten Kriterien gefördert werden. Dabei muss in die Prüfung einbezogen werden, ob es sich um einen wertvollen Alleinbestand handelt, ob der Weg eine landschaftskulturelle Bedeutung hat, ob es vor Ort Initiativen für den naturnahen Erhalt und die Pflege des Weges gibt, ob Schutzgebiete betroffen sind usw. Nur so können wir verhindern, dass Wege für den ländlichen Tourismus und die Kulturlandschaft verloren gehen. In diesem Sinne verfolgen wir das Konzept der multifunktionalen Wege, d.h. Wege sollen bei Bedarf dort bevorzugt ausgebaut werden, wo mehrere Funktionen abgedeckt werden (z.B. wichtige Ortsverbindung, Radverkehr).	ja. Erläuterungen: Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung sind für uns wichtige Pfeiler für eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft. Die Landesregierung hat diesem wichtigen Bildungsbereich nach unserer Einschätzung deutlich zu wenig Bedeutung beigemessen.	ja. Erläuterungen: Der Erhalt und die Stärkung der traditionellen Landeslehrstätte ist uns ein wichtiges Anliegen. Unser Bundesland kann stolz auf diese Einrichtung sein. Wir werden sie in den Fokus des Dialogs von Naturschutz und Landnutzung rücken.		
Bündnis C - Christen für Deutschland	ja	ja	ja	unentschieden	unentschieden	ja	unentschieden		

Fragen zum Thema Naturschutz							
Partei	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der ehemalige Grenzstreifen, das heutige Grüne Band, auch in M-V als Nationales Naturmonument ausgewiesen und in einen umfassenden Biotopverbund eingebunden wird?	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Natura 2000-Gebiete mittelfristig und vollumfänglich ihren Schutzzweck erfüllen und werden Sie dies auch durch wirksame Ge- und Verbote, z.B. durch Untersagung der Anwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln oder durch Festlegung rechtsverbindlicher Befahrensregeln für den Wassersport, gewährleisten?	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der teils dramatische Verlust der Biodiversität in unserem Bundesland mit einer ressortübergreifenden Landesstrategie endlich wirksam gestoppt wird?	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die lange angekündigte Novelle des Landeswassergesetzes endlich vollzogen und für eine umfassende Stärkung des Oberflächengewässer- und Grundwasserschutzes genutzt wird?	Werden Sie sich dafür engagieren, dass die vergleichsweise hohe Förderung für den ländlichen Wegebau künftig an transparente und nachvollziehbare Nachhaltigkeitskriterien geknüpft und mit Maßnahmen zur Entwicklung des Biotopverbundes kombiniert wird?	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Umweltbildungsangebote im Land ausgeweitet werden und die Landesförderung dafür auf das ursprüngliche Niveau angehoben wird?	Werden Sie die traditionsreiche Landeslehrstätte für Naturschutz und nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern (LLS) als zentrale Weiterbildungs- und Kommunikationsplattform im Natur- und Umweltschutz personell und organisatorisch stärken und damit ein qualifiziertes Veranstaltungsprogramm, sowie die Naturschutz- und BNE-Informationdienste sichern?
SPD M-V	ja. Erläuterungen: Wir werden uns dafür einsetzen, dass das heutige sog. Grüne Band – der ehemalige Grenzstreifen – auch in M-V als Nationales Naturmonument ausgewiesen sowie in einen umfassenden Biotopverbund eingebunden wird. Mecklenburg-Vorpommern leistet seinen Beitrag zur Klimaschutzstrategie. Für Artenschutz, sauberes Wasser und ein gesundes Klima stellen wir von der landeseigenen landwirtschaftlichen Fläche 8.700 Hektar (10%) bereit. Mit der Initiative „Mehr Respekt vor dem Insekt“ wollen wir eine landesweite Biotopvernetzung durch deutlich mehr Feldhecken, aber auch Blühstreifen und Agroforst erreichen.	ja. Erläuterungen: Wir werden uns dafür einsetzen, dass den präzisen Vorgaben für Natura 2000-Gebiete auch weiterhin entsprochen wird, so dass die Natura 2000-Gebiete ihren Schutzzweck erfüllen. An-hand der konkreten Einzelmaßnahmen, die der Umsetzung der Vorgaben dienen, wird man erkennen können, dass den Vorgaben in der Praxis vollumfänglich entsprochen wird.	ja. Erläuterungen: Wir werden weiterhin ressortübergreifend dafür sorgen, dass Ökologie, Ökonomie und Soziales zusammengedacht und vernetzt werden.	ja. Erläuterungen: Wir werden uns dafür einsetzen, dass die angekündigte Novelle des Landeswassergesetzes in der kommenden Wahlperiode vollzogen wird, damit insbesondere der Oberflächengewässer- und Grundwasserschutz auf umfassende Weise gestärkt werden kann.	ja. Erläuterungen: Wir werden bei uns im Flächen- und Pendlerland nicht auf den Autoverkehr verzichten können, wollen aber auch die Bahn als Alternative stärker fördern. Wir werden die Baumaßnahmen des Bundesverkehrswegeplanes umsetzen. Aber wir werden auch schauen, wie unser Straßennetz in Zukunft intelligenter aufgestellt und genutzt werden kann. Hierbei haben wir mit dem integrierten Landesverkehrsplan im Jahr 2020 einen guten Ausgangspunkt vorgelegt, an dem wir weiterarbeiten wollen. Mit der Initiative „Mehr Respekt vor dem Insekt“ werden wir in diesem Zusammenhang eine landesweite Biotopvernetzung durch deutlich mehr Feldhecken, aber auch Blühstreifen und Agroforst erreichen.	ja. Erläuterungen: Wir werden uns dafür einsetzen, Umweltbildungsangebote im Land auszuweiten. Etwa durch Beratungsangebote, die die Umstellung auf den ökologischen Landbau betreffen. Allerdings kann zum jetzigen Zeitpunkt, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und die Folgen, noch keine Aussage dazu getroffen werden, ob die Landesförderung für Umweltbildungsangebote in der kommenden Wahlperiode auf das ursprüngliche Niveau angehoben wird. Allenfalls lässt sich sagen, dass in der kommenden Wahlperiode entsprechend verfügbare Geldmittel selbstverständlich sinnvoll für die Ausweitung von Umweltbildungsangeboten eingesetzt werden.	ja. Erläuterungen: Die Landeslehrstätte für Naturschutz und nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern (LLS) ist gerade erst personell neu aufgestellt worden. Die Landeslehrstätte (LLS) als wichtiges Bindeglied von Hauptamt und Ehrenamt im Bereich Naturschutzbildung werden wir auch künftig nach Kräften weiter unterstützen.
Freiparlamentarische Allianz, FPA	ja. Erläuterungen: Hier gehen Erinnerungskultur und Umweltschutz einmal Hand in Hand, wie wundervoll.	ja. Erläuterungen: Umweltschutzgebiete müssen aktiv geschützt und gefördert werden. Die Zusammenarbeit mit bestehenden und erfahrenen Akteuren kann da durchaus bereichernd und gewinnbringend sein.	ja. Erläuterungen: Eine Strategie ist das eine, die Umsetzung die andere. Beides muss erfolgen, um erfolgreich Ziele zu erreichen.	keine Angabe	ja	ja. Erläuterungen: Bildung der Bevölkerung ist in Umwelt- wie Klimafragen von zentraler Bedeutung und muss bei allen Umsetzungen mitgedacht werden.	keine Angabe
Team Todenhöfer - Die Gerechtigkeitspartei	ja	ja	ja	ja	ja. Erläuterungen: Wege über die keiner fährt brauchen wir nicht zu fördern. Aber:	ja	ja

Fragen zum Thema Naturschutz									
Partei	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der ehemalige Grenzstreifen, das heutige Grüne Band, auch in M-V als Nationales Naturmonument ausgewiesen und in einen umfassenden Biotopverbund eingebunden wird?	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Natura 2000-Gebiete mittelfristig und vollumfänglich ihren Schutzzweck erfüllen und werden Sie dies auch durch wirksame Ge- und Verbote, z.B. durch Untersagung der Anwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln oder durch Festlegung rechtsverbindlicher Befahrensregeln für den Wassersport, gewährleisten?	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der teils dramatische Verlust der Biodiversität in unserem Bundesland mit einer ressortübergreifenden Landesstrategie endlich wirksam gestoppt wird?	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die lange angekündigte Novelle des Landeswassergesetzes endlich vollzogen und für eine umfassende Stärkung des Oberflächengewässer- und Grundwasserschutzes genutzt wird?	Werden Sie sich dafür engagieren, dass die vergleichsweise hohe Förderung für den ländlichen Wegebau künftig an transparente und nachvollziehbare Nachhaltigkeitskriterien geknüpft und mit Maßnahmen zur Entwicklung des Biotopverbundes kombiniert wird?	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Umweltbildungsangebote im Land ausgeweitet werden und die Landesförderung dafür auf das ursprüngliche Niveau angehoben wird?	Werden Sie die traditionsreiche Landeslehrstätte für Naturschutz und nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern (LLS) als zentrale Weiterbildungs- und Kommunikationsplattform im Natur- und Umweltschutz personell und organisatorisch stärken und damit ein qualifiziertes Veranstaltungsprogramm, sowie die Naturschutz- und BNE-Informationdienste sichern?		
DIE LINKE M-V	ja, So wie Thüringen und Sachsen-Anhalt sollte dies auch M-V tun. Erläuterungen:	ja	ja	ja	ja, Ländlicher Wegebau wird auch für Radwege und Verbindungswege genutzt, das muss weiterhin möglich sein. Erläuterungen:	ja	ja, Erläuterungen: Wir wollen generell die Umwelt- und Naturschutzverwaltungen stärken.	Wir	
CDU M-V	ja	ja, Die Festlegungen sind im Rahmen der Managementplanung zu treffen. EU-Recht ist umzusetzen. Erläuterungen:	unentschieden, Erläuterungen: Ein dramatischer Biodiversitätsverlust der größer als in anderen Regionen ist, ist in MV nicht zu verzeichnen.	nein, Wir fordern seit Jahren eine Novelle des LWG. Den Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers erachten wir mit den Vorgaben des Bundes, der EU und des Landesrechts als ausreichend. Erläuterungen:	nein	ja	unentschieden, Erläuterungen: In allen Teilen der Landesverwaltung herrscht Personalnot. Die Umsetzung des Personalkonzeptes der Landesregierung muss auch für den Bereich Natur- und Umweltschutz gelten.		
FREIER HORIZONT	ja	ja	ja	ja	ja	ja, aber bitte faktenbasiert und ohne Ideologie Erläuterungen:	ja		
AFD M-V	ja	nein	nein	ja	ja	ja	ja		
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja		
Partei für Gesundheitsforschung									

Fragen zum Thema Landwirtschaft							
Partei	Ist es ihr Anliegen, der zunehmenden Konzentration von landwirtschaftlicher Fläche in den Händen weniger Kapitalgesellschaften (z.B. durch so genannte Share-Deals) mit Hilfe eines Agrarstrukturgesetzes entgegen zu wirken?	Werden Sie die Vergabe bzw. Verpachtung von landeseigenen landwirtschaftlichen Flächen künftig so gestalten, dass der Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und der Betrieb durch Junglandwirtinnen und Junglandwirte wesentliche Vergabekriterien sind?	Werden Sie mit Ihrer Partei eine Offensive für eine humusaufbauende, CO2-speichernde Landwirtschaft und darin eingebettet entsprechende Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) entwickeln?	Werden Sie sich für den nachhaltigen Schutz der landwirtschaftlichen Böden vor Wind- bzw. Wasser-Erosion einsetzen, indem Sie u.a. durch die Neu-Auflage des Landesförderprogramms „Lebensräume und Arten“ die Anlage von Feldhecken fördern?	Setzen Sie sich für einen nachhaltigen Gewässer- und Grundwasserschutz ein, indem Sie dafür sorgen, dass die 200.000 Hektar konventionelle Landwirtschaftsfläche in den insgesamt 360.000 Hektar Wasserschutzgebieten auf Ökolandbau umgestellt werden?	Setzen Sie sich mit Ihrer Partei dafür ein, dass der Ökolandbau in M-V auf hohem Niveau stabilisiert und bis spätestens 2025 von derzeit 14 Prozent auf 20 Prozent ausgedehnt wird?	Werden Sie den Absatz von regionalen und/oder ökologisch erzeugten Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung (z.B. in Kitas und Schulen) durch eine verbindliche Verankerung von Qualitätsstandards für die Verpflegung in Fachgesetzen (z.B. Schulgesetz, KiFiGG) und durch eine finanzielle Stützung der Essenspreise erheblich ausdehnen?
PIRATEN	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Bündnis 90/ Die Grünen M-V	ja, Erläuterungen: Große Teile der landwirtschaftlichen Flächen in M-V und annähernd 50 Prozent der Betriebe sind in branchenfremder Hand, Tendenz steigend. Ortsansässige Agrarbetriebe werden häufig durch überregional tätige Investoren übernommen. Diese tragen dabei selten Verantwortung für die Dörfer und den Naturschutz. Boden wird ausschließlich zu Höchstpreisen vergeben. Junglandwirtinnen, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen, sind unter diesen Bedingungen in der Regel chancenlos. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, wollen wir die vom Bund gehaltenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen an das Land bzw. eine gemeinnützige Stiftung übertragen und Landesflächen vorrangig an ökologisch wirtschaftende Betriebe und Junglandwirtinnen mit einer auf regionalen, nachhaltigen Kreisläufen beruhenden Betriebspraxis verpachtet werden. Weiterhin wollen wir durch ein Agrarstrukturgesetz regionale landwirtschaftliche bzw. gemeinwohlorientierte und gemeinnützig agierende Akteure (z.B. Stiftungen) stärken und weiteren Konzentrationsprozessen beim Bodenwerb entgegenwirken.	ja, Erläuterungen: Auch zu dieser Frage verweisen wir auf unser Wahlprogramm zur Landtagswahl. Dort äußern wir uns ganz klar, wie folgt. Wir wollen auf den landeseigenen Flächen eine Vorbildfunktion wahrnehmen und in Pachtverträgen die Nutzung von Pestiziden ausschließen. Die vom Bund gehaltenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen sollen an das Land bzw. eine gemeinnützige Stiftung übertragen und Landesflächen vorrangig an ökologisch wirtschaftende Betriebe und Junglandwirt*innen mit einer auf regionalen, nachhaltigen Kreisläufen beruhenden Betriebspraxis verpachtet werden.	ja, Erläuterungen: Landnutzungssysteme dürfen aus unserer Sicht nicht mehr gefördert werden, wenn sie nicht zur CO2-Speicherung beitragen. Anders gesagt: Nur das sollte mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, was die natürlichen Speichersysteme für Kohlenstoff stärkt. Dazu gehört die Revitalisierung der Moore, dazu gehört eine Landwirtschaft, die den Humusanteil der Böden erhöht bzw. erhält und dazu gehört auch eine nachhaltige Waldwirtschaft. Das von der regierenden Landesregierung seit Jahren verhinderte Bodenschutzprogramm für das Land wäre mit bündnisgrüner Regierungsbeteiligung schon lange auf dem Weg. Dazu gehören selbstverständlich Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, die ganz eindeutig dem Humusaufbau in den landwirtschaftlich genutzten Böden dienen.	ja, Erläuterungen: Eine Landwirtschaft ist nur dann zukunftsfähig, wenn sie die Böden vor Erosion schützt. Was so selbstverständlich erscheint, wird aber in unserem Bundesland leider nicht umgesetzt. Die Agrarflächen werden weiter stark melioriert, der Humusanteil der Böden schwindet in Folge der industriellen Bewirtschaftungsmethoden und Standorte, die durch Wind- und Wassererosion gefährdet sind, werden falsch bewirtschaftet, zum Beispiel mit Maisanbau auf erosionsgefährdeten Hanglagen. Bündnis 90/Die Grünen werden die bereits seit langem vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) Münchenberg für M-V erarbeiteten bodenkundlichen Grundlagen der Landwirtschaft in M-V heranziehen, um z.B. den Anbau bestimmter Kulturen auf erosionsgefährdeten Orten zu unterbinden. Winderosion wird in starkem Maße von Strukturelementen in der Kulturlandschaft bestimmt, d.h. je intensiver die Bepflanzung mit Alleen, Gehölzen und Hecken ist, desto stärker kann der Wind gebremst und Erosion verhindert werden. Deshalb werden wir die Anlage von Hecken und Gehölzen in der Agrarlandschaft attraktiv fördern.	ja, Erläuterungen: Wasserschutzgebiete sind, wie der Name schon sagt, jene Gebiete, mit denen unser Grundwasser für die Trinkwassergewinnung geschützt werden soll. Wir haben ein hohes Interesse daran, dass solche Flächen, so wie beispielsweise in Leipzig (Wassergut Canitz), von Biobetrieben bewirtschaftet und dadurch giftfrei gehalten werden.	ja, Erläuterungen: Die Ausdehnung der ökologischen Landwirtschaft ist für uns entscheidend, um die Landwirtschaft endlich klimagerecht zu gestalten. Deshalb setzen wir alles daran, dass die ökologische Landwirtschaft deutlich an Boden gewinnt. Unser Ziel ist es, den Ökolandbau in M-V bis 2030 auf mindestens 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche auszubauen.	ja, Erläuterungen: Wir werden das Wachstum des Ökolandbaus in M-V nur sehr deutlich erhöhen, wenn wir die Nachfrage nach den Produkten aus ökologischer Erzeugung stärken. Die Gemeinschaftsverpflegung der öffentlichen Hand ist zuzunehmend eine wichtige Nachfragerin. Bisher beträgt der Anteil an Bio-Lebensmitteln und/oder regionalen produzierten Lebensmitteln zum Beispiel in der Schulverpflegung in M-V nur ca. 1 Prozent. Unsere Ziele: Wir wollen das Schließen durch das Land finanziell stützen, wir wollen die Regionalvermarktung stärken, wir wollen die DGE-Qualitätsstandards in den entsprechenden Landesgesetzen hier in M-V verankern und wir wollen einen gewissen Mindestanteil an Bio- und regionalen Produkten in den Ausschreibungen für die Kita- und Schulverpflegung verankern. Am Ende soll ein System stehen, bei dem mit der Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen eine vollwertige, weitgehend ökologische erzeugte Verpflegung angeboten wird.
Bündnis C - Christen für Deutschland	ja	ja	ja	ja	ja, soweit wie möglich Erläuterungen:	ja	nein, Erläuterungen: das sollte in Kitas und Schulen vor Ort entschieden werden

Fragen zum Thema Landwirtschaft							
Partei	<p>Ist es Ihr Anliegen, der zunehmenden Konzentration von landwirtschaftlicher Fläche in den Händen weniger Kapitalgesellschaften (z.B. durch so genannte Share-Deals) mit Hilfe eines Agrarstrukturgesetzes entgegen zu wirken?</p>	<p>Werden Sie die Vergabe bzw. Verpachtung von landeseigenen landwirtschaftlichen Flächen künftig so gestalten, dass der Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und der Betrieb durch Junglandwirtinnen und Junglandwirte wesentliche Vergabekriterien sind?</p>	<p>Werden Sie mit Ihrer Partei eine Offensive für eine humusaufbauende, CO2-speichernde Landwirtschaft und darin eingebettet entsprechende Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) entwickeln?</p>	<p>Werden Sie sich für den nachhaltigen Schutz der landwirtschaftlichen Böden vor Wind- bzw. Wasser-Erosion einsetzen, indem Sie u.a. durch die Neu-Auflage des Landesförderprogramms „Lebensräume und Arten“ die Anlage von Feldhecken fördern?</p>	<p>Setzen Sie sich für einen nachhaltigen Gewässer- und Grundwasserschutz ein, indem Sie dafür sorgen, dass die 200.000 Hektar konventionelle Landwirtschaftsfläche in den insgesamt 360.000 Hektar Wasserschutzgebieten auf Ökolandbau umgestellt werden?</p>	<p>Setzen Sie sich mit Ihrer Partei dafür ein, dass der Ökolandbau in M-V auf hohem Niveau stabilisiert und bis spätestens 2025 von derzeit 14 Prozent auf 20 Prozent ausgedehnt wird?</p>	<p>Werden Sie den Absatz von regionalen und/oder ökologisch erzeugten Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung (z.B. in Kitas und Schulen) durch eine verbindliche Verankerung von Qualitätsstandards für die Verpflegung in Fachgesetzen (z.B. Schulgesetz, KiföG) und durch eine finanzielle Stützung der Essenspreise erheblich ausdehnen?</p>
SPD M-V	<p>ja, Erläuterungen: Der Versuch wurde bereits in dieser Wahlperiode unternommen, das Vorhaben wurde aber vom DBV abgelehnt. Die Landespachtverträge sind mit einer Share-Deal-Klausel zur Vermeidung von Spekulationen ländlicher Böden versehen.</p>	<p>nein, Erläuterungen: Junglandwirtinnen und Ökolandwirte werden bereits bei der Vergabe von Landespachtflächen bevorzugt. Pächter müssen zusätzliche Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität, des Gewässer- und Bodenschutzes leisten.</p>	<p>ja</p>	<p>ja, Erläuterungen: Maßnahmen wurden bereits angesprochen und auch unter anderem über die Strategie "Mehr Respekt vor dem Insekt" umgesetzt. Unser Augenmerk werden wir insbesondere auf die Vernetzung von Biotopen legen.</p>	<p>nein, Erläuterungen: Bereits jetzt gelten strenge Regelungen und Nutzungsbestimmungen je nach regionaler Besonderheit in der Trinkwasserschutzzone 2. Je nach Schutzzone werden die Vorschriften und Beschränkungen gestaffelt festgelegt. Den ökologischen Landbau fördern wir. Es ist Aufgabe der Wasserwirtschaft regionale Vereinbarungen zu treffen und sinnvolle Maßnahmen festzulegen.</p>	<p>unentschieden, Erläuterungen: Wir setzen uns für eine kontinuierliche Steigerung des Ökolandbaus ein. Unser Ziel ist, mehr Wertschöpfung von der Fläche zu gewinnen.</p>	<p>unentschieden, Erläuterungen: Unser Ziel ist, dass die Verpflegung in unseren Kitas und Schulen nach den Standards der DGE erfolgt. Ja, wir wollen mehr regionale Lebensmittel in der Gemeinschaftsverpflegung. Auf Bundesebene streben wir eine kostenlose Kita- und Schulverpflegung an.</p>
Freiparlamentarische Allianz, FPA	<p>ja</p>	<p>nein, Erläuterungen: Auch hier bringt es nichts, den Landwirt:innen Vorschriften zu machen, die sie nicht selber umsetzen können, da die Expertise und die Mittel fehlen. Es ist aber grundsätzlich eine Problematik, dass so viele chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel verwendet werden. Demnach müssen verschiedene Formate aufgesetzt werden, um dieser Problematik entgegen zu wirken.</p>	<p>ja, Erläuterungen: Das sind sehr spannende Inhalte und Wissen, die hier zu Trage kommen. Allerdings sollte diese Strategie auch nicht überschätzt werden, da eine solche Landwirtschaft nicht überall bzw. von jedem umgesetzt werden kann. Förderungs- und unterstützungswert ist sie auf jedenfall.</p>	<p>ja</p>	<p>nein, Erläuterungen: Tatsächlich ist unserem Wahlprogramm zu entnehmen, dass wir auch die Gentechnik unterstützen, um die Einsatz von Chemikalien zu reduzieren. Ebenfalls spielt hier auch das Potenzial von verschiedenen Technologien herein. Ökolandbau ist mehr als Landwirtschaft, es macht also keinen Sinn jemanden dazu zu zwingen. Aber auch die konventionelle Landwirtschaft muss Änderungen voran bringen, denn nur so sind Umwelt- und Klimaschutz möglich.</p>	<p>unentschieden, Erläuterungen: Das ist auf jedenfall ein schönes Ziel, was ich gerne innerhalb meiner Partei diskutieren werde. Aber auch hier setzen wir eher auf Qualität statt Quantität. Der Ökolandbau kann auf diverse Wege unterstützt werden und ist auch eine große Frage nach Bildung- und Wissensstand wie Wertschätzung der Lebensmittel.</p>	<p>ja</p>
Team Todenhöfer - Die Gerechtigkeitspartei	<p>unentschieden, Erläuterungen: Schwierige Kontrolle, da zahlreiche Umgehungstatbestände möglich sind. Notwendig ist es aber.</p>	<p>ja, Erläuterungen: Es sollte vorrangig um den Verzicht auf chem.-synth. Pflanzenschutzmittel gehen. Ob Junglandwirtin oder nicht ist nachrangig.</p>	<p>ja</p>	<p>ja</p>	<p>unentschieden, Erläuterungen: Wenn konventionell die Auflagen des Gewässerschutzes auch einzuhalten sind, dann kann keiner gezwungen werden, auf Öko umzustellen.</p>	<p>ja, Erläuterungen: sollte unbedingt gefördert werden.</p>	<p>ja</p>

Fragen zum Thema Landwirtschaft								
Partei	Ist es Ihr Anliegen, der zunehmenden Konzentration von landwirtschaftlicher Fläche in den Händen weniger Kapitalgesellschaften (z.B. durch so genannte Share-Deals) mit Hilfe eines Agrarstrukturgesetzes entgegen zu wirken?	Werden Sie die Vergabe bzw. Verpachtung von landeseigenen landwirtschaftlichen Flächen künftig so gestalten, dass der Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und der Betrieb durch Junglandwirtinnen und Junglandwirte wesentliche Vergabekriterien sind?	Werden Sie mit Ihrer Partei eine Offensive für eine humusaufbauende, CO2-speichernde Landwirtschaft und darin eingebettet entsprechende Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) entwickeln?	Werden Sie sich für den nachhaltigen Schutz der landwirtschaftlichen Böden vor Wind- bzw. Wasser-Erosion einsetzen, indem Sie u.a. durch die Neu-Auflage des Landesförderprogramms „Lebensräume und Arten“ die Anlage von Feldhecken fördern?	Setzen Sie sich für einen nachhaltigen Gewässer- und Grundwasserschutz ein, indem Sie dafür sorgen, dass die 200.000 Hektar konventionelle Landwirtschaftsfläche in den insgesamt 360.000 Hektar Wasserschutzgebieten auf Ökolandbau umgestellt werden?	Setzen Sie sich mit Ihrer Partei dafür ein, dass der Ökolandbau in M-V auf hohem Niveau stabilisiert und bis spätestens 2025 von derzeit 14 Prozent auf 20 Prozent ausgedehnt wird?	Werden Sie den Absatz von regionalen und/oder ökologisch erzeugten Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung (z.B. in Kitas und Schulen) durch eine verbindliche Verankerung von Qualitätsstandards für die Verpflegung in Fachgesetzen (z.B. Schulgesetz, KifGG) und durch eine finanzielle Stützung der Essenspreise erheblich ausdehnen?	
DIE. LINKE M-V	ja	ja	ja	ja	ja, Erläuterungen: Die Umstellung auf Ökolandbau in Wasserschutzgebieten ist notwendig. Dies muss unterstützt werden. Eine Entsignung und das wirtschaftliche Aus darf nicht Ergebnis sein.	ja	ja, Erläuterungen: Wir setzen uns für ein gesundes und kostenfreies Mittagessen in Schulen ein. Gesunde Ernährung muss von Anfang an in den Kitas gelebt werden.	
CDU M-V	nein	nein	ja	ja	nein, Erläuterungen: Die Umstellung der Produktion liegt in der Verantwortung der Landwirtschaftsunternehmen. Wir werden uns für entsprechende Fördermaßnahmen einsetzen, die einen Anreiz zur Umstellung in WSG bieten.	unentschieden, Erläuterungen: Auch der Ökolandbau muss sich den Erfordernissen des Marktes von Angebot und Nachfrage stellen. Pauschale Festlegungen halten wir nicht für zielführend und umsetzbar.	nein	
FREIER HORIZONT	ja	ja	ja	ja	ja	ja, Erläuterungen: es muß auch der Markt dafür existieren	ja Aber	
AFD M-V	ja	unentschieden, Pflanzenschutzmittel: Nein; Junglandwirte: Ja	Erläuterungen: unentschieden	ja	nein	nein	unentschieden, Regionalität: Ja; erzeugt: Nein	Erläuterungen: Nur ökologisch
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	
Partei für Gesundheitsforschung								

Fragen zum Thema Nutztierhaltung							
Partei	Werden Sie sich nach den Großbränden in den Schweineställen in Kobrow und Alt Telling dafür einsetzen, dass Bestandsobergrenzen für die Tierhaltung pro Standort und Betrieb eingeführt werden, die sich an bewährten Standards für tiergerechte Haltung (z.B. Neuland) und der Rettung von Tieren im Brandfall orientieren?	Werden Sie sich dafür engagieren, dass sämtliche Tierhaltungsanlagen im Bestand auf einen wirksamen Brand- und Katastrophenschutz hin überprüft und ggf. angepasst werden?	Werden Sie schnellstmöglich die Landesbauordnung M-V um konkrete Regeln für einen wirksamen Brandschutz in Tierhaltungsanlagen ergänzen?	Werden Sie das Agrarinvestitionsförderprogramm für M-V konsequent so ausrichten, dass im Bereich der Tierhaltung ausschließlich kleinere und mittlere Betriebe mit tiergemäßer Haltung gefördert werden?	Werden Sie dafür sorgen, dass der Neubau von Tierhaltungsanlagen nur noch möglich ist, wenn 75% des Futterbedarfs einschließlich Eiweißfutter tatsächlich auf eigenen Flächen angebaut wird, die Tiere mit Einstreu und Auslauf gehalten werden und artgerechten Bedürfnissen wie Wühlen, Scharren und Aufbaum (Hühnervogel) nachkommen können?	Werden Sie dafür eintreten, dass in M-V ein Klagerecht für den Tierschutz eingeführt wird, wie es bereits in 8 weiteren Bundesländern geschehen ist?	Industrielle Tierhaltungsanlagen, wie z.B. in Neubukow, haben immer wieder auch zu Verunreinigungen von Gewässern mit dem Tod zahlreicher Fische und anderer Arten geführt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es keine neuen Genehmigungen für Mastanlagen und andere Großanlagen mit wassergefährdenden Stoffen im Einzugsbereich von Gewässern gibt und dass sämtliche Altanlagen auf ihre Sicherheit bezüglich wassergefährdender Stoffe überprüft werden?
PIRATEN	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Bündnis 90/ Die Grünen M-V	ja. Erläuterungen: Nur aus Gründen des Brandschutzes hat sich gezeigt, dass wir die Nutztierbestände in Tierhaltungsanlagen begrenzen müssen. Kleinere Bestände haben eher die Möglichkeit, eine tiergemäße Haltung zu garantieren. Bündnis 90/Die Grünen treten bereits viele Jahrzehnte für eine solche Begrenzung der Nutztierbestände pro Standort ein. Auch bei diesem Thema werden wir nicht locker lassen.	ja. Erläuterungen: Wir halten eine solche Überprüfung für dringend erforderlich.	ja. Erläuterungen: Bündnis 90/Die Grünen haben bereits bei der letzten Novelle der Landesbauordnung M-V gefordert, die notwendigen Anpassungen zum Thema Brandschutz in Tierhaltungsanlagen vorzunehmen. Wir werden uns weiter engagiert für dieses Ziel einsetzen.	ja	ja	ja	ja
Bündnis C - Christen für Deutschland	unentschieden	ja	ja	ja. Erläuterungen: Ziel muss es sein, einer "gesunden Landwirtschaft" eine Zukunft zu geben	unentschieden, Erläuterungen: kein Rückfall in mittelalterliche Subsistenzwirtschaft, die Handel und Arbeitsteilung einschränkt; b) aber klares Votum für artgerechte Tierhaltung	nein	ja

Fragen zum Thema Nutztierhaltung							
Partei	Werden Sie sich nach den Großbränden in den Schweineställen in Kobrow und Alt Tellin dafür einsetzen, dass Bestandsobergrenzen für die Tierhaltung pro Standort und Betrieb eingeführt werden, die sich an bewährten Standards für tiergerechte Haltung (z.B. Neuland) und der Rettung von Tieren im Brandfall orientieren?	Werden Sie sich dafür engagieren, dass sämtliche Tierhaltungsanlagen im Bestand auf einen wirksamen Brand- und Katastrophenschutz hin überprüft und ggf. angepasst werden?	Werden Sie schnellstmöglich die Landesbauordnung M-V um konkrete Regeln für einen wirksamen Brandschutz in Tierhaltungsanlagen ergänzen?	Werden Sie das Agrarinvestitionsförderprogramm für M-V konsequent so ausrichten, dass im Bereich der Tierhaltung ausschließlich kleinere und mittlere Betriebe mit tiergemäßer Haltung gefördert werden?	Werden Sie dafür sorgen, dass der Neubau von Tierhaltungsanlagen nur noch möglich ist, wenn 75% des Futterbedarfs einschließlich Eiweißfutter tatsächlich auf eigenen Flächen angebaut wird, die Tiere mit Einstreu und Auslauf gehalten werden und artgerechten Bedürfnissen wie Wühlen, Scharren und Aufbaumen (Hühnervögel) nachkommen können?	Werden Sie dafür eintreten, dass in M-V ein Klagerecht für den Tierschutz eingeführt wird, wie es bereits in 8 weiteren Bundesländern geschehen ist?	Industrielle Tierhaltungsanlagen, wie z.B. in Neubukow, haben immer wieder auch zu Verunreinigungen von Gewässern mit dem Tod zahlreicher Fische und anderer Arten geführt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es keine neuen Genehmigungen für Mastanlagen und andere Großanlagen mit wassergefährdenden Stoffen im Einzugsbereich von Gewässern gibt und dass sämtliche Altanlagen auf ihre Sicherheit bezüglich wassergefährdender Stoffe überprüft werden?
SPD M-V	ja. Erläuterungen: Zur Einführung von Bestandsobergrenzen und Tieren in Tierhaltungsanlagen haben wir eine Bundratsinitiative mit Blick auf den Brandschutz gestartet. Wir setzen uns für eine regionaverträgliche, flächengebundene Tierhaltung von 2 GV/ha ein.	ja	unentschieden. Erläuterungen: Die Landesbauordnung ist nicht die einzige Stelle, an der entsprechende Regelungen getroffen werden können.	nein. Erläuterungen: Das Programm ist unabhängig von der Betriebsgröße auf die Verbesserung des Tierwohls (tiergerechte Haltung) ausgerichtet, die 2 GV sind in der Richtlinie umgesetzt.	nein	unentschieden. Erläuterungen: Dazu gibt es noch keine Beschlusslage der Partei.	unentschieden
Freiparlamentarische Allianz, FPA	unentschieden	ja	ja	unentschieden. Erläuterungen: Die Strategie Förderungen nach der Fläche von Höfen auszuschütten, läuft uns zu wider. Welche Förderungskriterien stattdessen verwendet werden sollten, müsste noch erarbeitet und diskutiert werden. Dies kann natürlich Teil davon sein.	unentschieden	unentschieden. Erläuterungen: Ist ein interessanter Punkt, der verfolgt werden kann. Die Frage ist hier nur, wollen wir eine Politik des Klagens oder die Politik eines gemeinsamen Austausches und gemeinsamen Lösungsfinden voranbringen.	ja. Erläuterungen: Das sind auf jedenfall Punkte, die bei Planungen berücksichtigt und sichtbar gemacht werden müssen. Es ist frustrierend zu sehen, dass solche Fehler immer wieder in der Politik passieren - ob unbewusst oder bewusst.
Team Todenhöfer - Die Gerechtigkeitspartei	ja. Erläuterungen: Genehmigungen sind immer zeitlich zu befristen.	ja	ja	nein. Erläuterungen: Die tiergerechte Haltung hängt nicht von der Betriebsgröße ab.	ja	unentschieden	ja. Erläuterungen: Landwirtschaftliche Anlagen müssen wie industrielle Anlagen beurteilt werden.

Fragen zum Thema Nutztierhaltung									
Partei	Werden Sie sich nach den Großbränden in den Schweineställen in Kobrow und Alt Tellin dafür einsetzen, dass Bestandsobergrenzen für die Tierhaltung pro Standort und Betrieb eingeführt werden, die sich an bewährten Standards für tiergerechte Haltung (z. B. Neuland) und der Rettung von Tieren im Brandfall orientieren?	Werden Sie sich dafür engagieren, dass sämtliche Tierhaltungsanlagen im Bestand auf einen wirksamen Brand- und Katastrophenschutz hin überprüft und ggf. angepasst werden?	Werden Sie schnellstmöglich die Landesbauordnung M-V um konkrete Regeln für einen wirksamen Brandschutz in Tierhaltungsanlagen ergänzen?	Werden Sie das Agrarinvestitionsförderprogramm für M-V konsequent so ausrichten, dass im Bereich der Tierhaltung ausschließlich kleinere und mittlere Betriebe mit tiergemäßer Haltung gefördert werden?	Werden Sie dafür sorgen, dass der Neubau von Tierhaltungsanlagen nur noch möglich ist, wenn 75% des Futterbedarfs einschließlich Eiweißfutter tatsächlich auf eigenen Flächen angebaut wird, die Tiere mit Einstreu und Auslauf gehalten werden und artgerechten Bedürfnissen wie Wühlen, Scharren und Aufbaumen (Hühnervogel) nachkommen können?	Werden Sie dafür eintreten, dass in M-V ein Klagerecht für den Tierschutz eingeführt wird, wie es bereits in 8 weiteren Bundesländern geschehen ist?	Industrielle Tierhaltungsanlagen, wie z.B. in Neubukow, haben immer wieder auch zu Verunreinigungen von Gewässern mit dem Tod zahlreicher Fische und anderer Arten geführt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es keine neuen Genehmigungen für Mastanlagen und andere Großanlagen mit wassergefährdenden Stoffen im Einzugsbereich von Gewässern gibt und dass sämtliche Altanlagen auf ihre Sicherheit bezüglich wassergefährdender Stoffe überprüft werden?		
DIE. LINKE M-V	ja	ja	ja	ja, Erläuterungen: Wir wollen eine bodengebundene Tierhaltung. Insofern setzen Flächengröße zur Futtererzeugung auch Grenzen in der Tierhaltung. Das sorgt neben Obergrenzen für Tierhaltungsanlagen dafür, dass Standorte nicht überfordert werden.	nein, Erläuterungen: Die Definition von Landwirtschaft im Baugesetzbuch sowie geltende Rechtsgrundlagen sind Kriterien für den Neubau. Werden sie eingehalten, muss genehmigt werden. Es gilt die rechtlichen Grundlagen auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls anzupassen.	ja	ja		
CDU M-V	nein	ja	ja	nein, Erläuterungen: Größere Unternehmen sind in der Lage die gesellschaftlichen Forderungen an Tierwohl, Umwelt- und Klimaschutz umzusetzen. Kleineren Unternehmen fehlt hierfür oft die Finanzkraft.	nein, Erläuterungen: Wir setzen uns für eine regionale bodengebundene Tierhaltung ein. Die anderen Forderungen, wie z. Bsp. Auslauf stehen Forderungen des Klimaschutzes entgegen oder überfordern die Unternehmen.	nein, Erläuterungen: Erfahrungen im Bereich des Verbandsklagerecht der Naturschutzverbände haben gezeigt, dass dieses Instrument oft mißbräuchlich (Ablasshandel) eingesetzt wird.	nein, Erläuterungen: Die Vorgaben für die Genehmigung solcher Anlagen sind im Bundesimmissionschutzgesetz definiert. Die Belange des Gewässerschutzes werden bei den Genehmigungen berücksichtigt.		
FREIER HORIZONT	ja	ja	ja	ja	ja	nein, Erläuterungen: Landwirte dürfen nicht pauschal diskriminiert und kriminalisiert werden. Es ist in Sachen Tierschutz zu viel mangelnder Sachverstand unterwegs. Es gibt geeignetere Möglichkeiten, besseren Tierschutz zu erreichen.	ja		
AFD M-V	ja	nein	nein	nein	unentschieden	nein	nein		
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	ja, Erläuterungen: Wir sind für die Abschaffung der Massentierhaltung, weil Großanlagen unbeherrschbar sind	ja	ja, Erläuterungen: Der wirksamste Brandschutz ist die Abschaffung überdimensionierter Tierhaltungsanlagen	ja	ja	ja	ja		
Partei für Gesundheitsforschung									

Fragen zum Thema Alleenschutz							
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...							
Partei	...der Alleenschutz gestärkt und Konzepte für Neupflanzungen an allen Straßenkategorien erarbeitet und umgesetzt werden?	...ein landesweites Alleenkataster für Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen erarbeitet wird und dass die Erfassung von Baumfällungen und Pflanzungen übersichtlich und einheitlich dargestellt wird?	...bei Straßenausbaumaßnahmen in Alleen die Straßenbreite zugunsten des Erhalts der Straßenbäume bei einem geringen täglichen Verkehr (DTV) vermindert werden kann?	...in besonders geschützten Alleen und auf Radwegen entlang von Alleen nur das Schneeschieben und Streuen von abstumpfenden Mitteln zugelassen wird?	...beim Bau von Radverkehrsanlagen immer auch Alleebaumpflanzungen angelegt werden?	...die so genannten Gigaliner, also überlange LKW, im Interesse des Alleenschutzes in unserem Bundesland verboten werden?	
PIRATEN	ja	ja	ja	ja	ja	ja	
Bündnis 90/ Die Grünen M-V	ja. Erläuterungen: Der Schutz der Alleen hat in M-V Verfassungsrang. Wir werden den Alleenschutz dementsprechend stärken.	ja. Erläuterungen: Genau dies ist eines unserer Punkte im Wahlprogramm: Wir treten ein für ein einheitliches Baumkataster für Land und Kreise für Bestand, Fällungen und Pflanzungen.	ja	ja. Erläuterungen: Der Einsatz von Tausalz im Winter schwächt die Baumgesundheit in den betroffenen Alleen. Deshalb ist es notwendig, alternative Verfahren einzusetzen. Skandinavische Länder machen vor, wie ein Winterdienst ohne den Einsatz von Tausalz funktioniert. Diese Erkenntnisse gilt es, auch in M-V anzuwenden.	ja	ja	
Bündnis C - Christen für Deutschland	ja	ja	nein	ja	nein	ja	

Fragen zum Thema Alleenschutz						
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...						
Partei	...der Alleenschutz gestärkt und Konzepte für Neupflanzungen an allen Straßenkategorien erarbeitet und umgesetzt werden?	...ein landesweites Alleenkataster für Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen erarbeitet wird und dass die Erfassung von Baumfällungen und Pflanzungen übersichtlich und einheitlich dargestellt wird?	...bei Straßenausbaumaßnahmen in Alleen die Straßenbreite zugunsten des Erhalts der Straßenbäume bei einem geringen täglichen Verkehr (DTV) vermindert werden kann?	...in besonders geschützten Alleen und auf Radwegen entlang von Alleen nur das Schneeschieben und Streuen von abstumpfenden Mitteln zugelassen wird?	...beim Bau von Radverkehrsanlagen immer auch Alleebaumpflanzungen angelegt werden?	...die so genannten Gialiner, also überlange LKW, im Interesse des Alleenschutzes in unserem Bundesland verboten werden?
SPD M-V	ja. Erläuterungen: M-V hat bereits heute gute Konzepte und Regelungen für den Erhalt von Alleen und für straßenbegleitende Neupflanzungen.	ja. Erläuterungen: Entsprechende Kataster für M-V sind bereits online und werden weiterentwickelt.	nein. Erläuterungen: Die Möglichkeit der Mindestbreiten werden bereits genutzt. Ein Unterschreiten lehnen wir ab, da hierdurch ein erhebliches Gefahrenpotential bspw. bei der Begegnung von Radfahrern und Bussen besteht.	ja	unentschieden. Erläuterungen: Hier sind stets die örtlichen Gegebenheiten zu beachten, insbesondere die Verfügbarkeit von Flächen.	nein. Erläuterungen: Die Gialiner sind auf festen Relationen außerhalb von Alleen sehr sinnvoll und reduzieren das Verkehrsaufkommen durch Gütertransporte.
Freiparlamentarische Allianz, FPA	ja	ja	ja. Erläuterungen: Dieser Punkt spielt klar in die Fragen, welche Alternativen wir schaffen. Dann können auch weitere Flächen und Pflanzen geschützt werden.	unentschieden. Erläuterungen: Interessanter Punkt, der geprüft werden müsste. Aber alles was logisch sinnvoll erscheint, wird von unserer Partei mitgetragen. Wir sind da sehr offen für Forderungen und nicht durch Lobbyverstrickungen vom richtigen Weg abzubringen ;-)	ja. Erläuterungen: Grade bei Neuschaffen von Dingen ist es notwendig diese gleich richtig, langfristig und nachhaltig anzugehen. Alles andere wäre töricht.	unentschieden. Erläuterungen: Die Frage ist hier, welche Konsequenzen das nach sich zieht. Das müsste dann untersucht und eingeschätzt werden. Dass aber mehr Güter auf Schienen gehört, würde dieses Thema eventuell auch positiv beeinflussen.
Team Todenhöfer - Die Gerechtigkeitspartei	unentschieden. Erläuterungen: Aufforstungen sind allgemein zu verstärken. Alleen sind nur ein kleiner Teil.	ja	ja. Erläuterungen: Es bedarf sachgerechter Lösungen statt eines schematischen Herangehens.	unentschieden. Erläuterungen: Sicherheitsaspekte	ja, auch andere Bepflanzungen (Büsche, Hecken) sind an Radwegen geeignet.	ja. Erläuterungen: mehr Verkehr gehört auf die Schiene und das Wasser

Fragen zum Thema Alleenschutz							
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...							
Partei	...der Alleenschutz gestärkt und Konzepte für Neupflanzungen an allen Straßenkategorien erarbeitet und umgesetzt werden?	...ein landesweites Alleenkataster für Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen erarbeitet wird und dass die Erfassung von Baumfällungen und Pflanzungen übersichtlich und einheitlich dargestellt wird?	...bei Straßenausbaumaßnahmen in Alleen die Straßenbreite zugunsten des Erhalts der Straßenbäume bei einem geringen täglichen Verkehr (DTV) vermindert werden kann?	...in besonders geschützten Alleen und auf Radwegen entlang von Alleen nur das Schneeschieben und Streuen von abstumpfenden Mitteln zugelassen wird?	...beim Bau von Radverkehrsanlagen immer auch Alleebaumpflanzungen angelegt werden?	...die so genannten Gialiner, also überlange LKW, im Interesse des Alleenschutzes in unserem Bundesland verboten werden?	
DIE LINKE M-V	unentschieden, Erläuterungen: Für Bundes- und Landesstraßen sollten Konzepte entwickelt werden. Die Träger der Straßenbaulast für Kreis- und Gemeindestraßen sollten unterstützt werden, Konzepte zu entwickeln	ja, Erläuterungen: Ein solches Kataster ist sukzessive aufzubauen und zu pflegen.	ja, Erläuterungen: Dies sollte einer Einzelfallentscheidung vorbehalten bleiben. Das setzt voraus, dass die Straßenbäume gesund und noch eine lange Lebensdauer haben sowie die Verkehrssicherheit gewährleistet ist. Dies ist zwingend mit einer Geschwindigkeitsreduzierung zu verbinden.	ja	nein, Erläuterungen: Aufgrund von örtlichen Verhältnissen und verfügbarer Fläche ist das nicht generell möglich. Wo es machbar und sinnvoll ist, sollten Alleepflanzungen erfolgen.	ja	
CDU M-V	ja	ja	unentschieden	ja	nein, Erläuterungen: Das würde den Bau von Radwegen verhindern, da schon heute die Flächenverfügbarkeit und die Finanzierung die größten Probleme in diesem Bereich sind.	nein, Erläuterungen: Gialiner können auf bestimmten zugelassenen Straßen (Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen) ohne Gefährdung von Alleen fahren.	
FREIER HORIZONT	ja	ja	ja	ja	ja	ja	
AFD M-V	ja	ja	unentschieden	ja	ja	nein	
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	ja	ja	ja	ja	ja	ja	
Partei für Gesundheitsforschung							

Fragen zu den Themen Meer und Küste							
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...							
Partei	...Nährstoffeinträge in die Ostsee durch z.B. Förderung der ökologischen Landwirtschaft und effektive Gewässerrandstreifen reduziert werden?	...Meeresschutzgebiete auf Grundlage ambitionierter Managementplänen betreut und mit Nullnutzungszonen ausgestattet werden, in denen sich Lebensräume regenerieren und sich viele Arten, besonders auch Fischbestände, vom Nutzungsdruck in anderen Gebieten erholen können?	...Gelder aus dem EU-Fischereifonds für eine ökosystemverträgliche und auskömmliche Fischerei ohne Beifang und bodenberührende Fangmethoden verwendet und für aktiven Meeresschutz eingesetzt werden (z.B. für ein Robbenmonitoring in Landesverantwortung und für ein Konfliktmanagement Fischerei-Kegeirobbe)?	...Mülleinträge ins Meer durch nachhaltige Konzepte für Strandtourismus reduziert und Strandlebensräume nicht nur als Nutzungsräume betrachtet werden?	...technische Nutzungen in der Ostsee mit Artenschutz vereinbar umgesetzt werden und das Ökosystem nicht überlasten?	...Flächenentwicklung sowie Mobilitätskonzepte auf dem Meer und im Hinterland vom Land M-V koordiniert werden, z.B. beim Hafenausbau, bei der Regulierung der Befahrung in Schutzgebieten, bei der Hinterlandanbindung mit ÖPNV?	
PIRATEN	ja	ja	ja	ja	ja	ja	
Bündnis 90/ Die Grünen M-V	ja. Erläuterungen: Die Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft in die Ostsee sind seit Jahrzehnten eine der Hauptquellen für viele ökologische Probleme des empfindlichen Binnenmeeres. Nur durch Reduzierung der Nährstofflasten auf unseren Äckern werden wir dieses Problem langfristig lösen. Die ökologische Landwirtschaft spielt hierbei eine wesentliche Rolle. Die Anlage von Gewässerrandstreifen ist dabei nur eine von vielen möglichen Maßnahmen. Über die Novelle des Landeswassergesetzes sollten sie endlich wieder in der notwendigen Breite eingeführt werden.	ja	ja	ja	ja	ja	
Bündnis C - Christen für Deutschland	ja	ja	ja	unentschieden	ja	unentschieden	

Fragen zu den Themen Meer und Küste						
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...						
Partei	...Nährstoffeinträge in die Ostsee durch z.B. Förderung der ökologischen Landwirtschaft und effektive Gewässerandrestreifen reduziert werden?	...Meeresschutzgebiete auf Grundlage ambitionierter Managementplänen betreut und mit Nullnutzungszonen ausgestattet werden, in denen sich Lebensräume regenerieren und sich viele Arten, besonders auch Fischbestände, vom Nutzungsdruck in anderen Gebieten erholen können?	...Gelder aus dem EU-Fischereifonds für eine ökosystemverträgliche und auskömmliche Fischerei ohne Beifang und bodenberührende Fangmethoden verwendet und für aktiven Meeresschutz eingesetzt werden (z.B. für ein Robbenmonitoring in Landesverantwortung und für ein Konfliktmanagement Fischerei-Kegetrobbe)?	...Mülleinträge ins Meer durch nachhaltige Konzepte für Strandtourismus reduziert und Strandlebensräume nicht nur als Nutzungsräume betrachtet werden?	...technische Nutzungen in der Ostsee mit Artenschutz vereinbar umgesetzt werden und das Ökosystem nicht überlasten?	...Flächenentwicklung sowie Mobilitätskonzepte auf dem Meer und im Hinterland vom Land M-V koordiniert werden, z.B. beim Hafenausbau, bei der Regulierung der Befahrung in Schutzgebieten, bei der Hinterlandanbindung mit ÖPNV?
SPD M-V	ja. Erläuterungen: Vor uns liegen wachsende Herausforderungen im Bereich Küsten-, Hochwasser- und Meeresschutz. Mit dem Hochwasserschutzprogramm Elbe sowie Investitionen von 150 Mio. Euro in den Gewässer- und Hochwasserschutz wurden wichtige Vorhaben zum Schutz der Menschen, der Umwelt, Kulturgüter und der Wirtschaftstätigkeit in den Fluss- und Küstengebieten realisiert. Neben Stoffeinträgen durch Privatpersonen, Industrie, Landwirtschaft und geklärten Abwässern, wird die Ostsee zunehmend durch Mikroplastik verunreinigt. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass Geisternetze als Mitverursacher von Mikroplastik in der Ostsee konsequent geborgen werden und an Möglichkeiten der Rückgewinnung von Mikroplastik aus Gewässern geforscht wird. Im Rahmen einer Nachhaltigkeitsoffensive des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden wir eine Bioökonomiestrategie entwickeln. Bioökonomie ist der Wandel von einem Wirtschaftssystem, welches vorwiegend auf dem Verbrauch fossiler Rohstoffe basiert zu einer nachhaltigen biobasierten Kreislaufwirtschaft. Wir freuen uns, dass sich das Engagement für Klima-, Umwelt- und Artenschutz auf eine breite Unterstützung aus der Mitte unserer Gesellschaft stützen kann, über alle Generationen, Geschlechter und Herkunft hinweg. Wir begrüßen dieses zivilgesellschaftliche Engagement in verschiedensten Organisations- und Beteiligungsformaten. Für uns sind diese zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen wichtige Ansprechpartner für die Weiterentwicklung der weiteren Prozesse.	ja. Erläuterungen: Die Küsten- und Binnenfischerei soll unser Land weiterhin prägen. Unsere Hafenstandorte können wir uns ohne das „Kulturgut Fischkutter“ nicht vorstellen. Es besteht aufgrund des Breixits und dauerhaft niedriger Ostseefangquoten bei Hering ein hohes Risiko für die Zukunft des Verarbeitungsstandortes Sassnitz/Mukran. Eine weitere Reduzierung der Fangquoten in der westlichen Ostsee, insbesondere bei Hering und Dorsch führt zur Aufgabe der traditionellen Küster- und Küstenfischerei in Mecklenburg-Vorpommern bzw. zum ungeordneten, ineffektiven Strukturwandel. Gemeinsam mit dem Berufsstand werden wir ein Zukunftsprogramm für die Küstenfischerei entwickeln. Wir werden Standorte für marine Projekte einer nachhaltigen, umweltverträglichen Aquakultur entwickeln.	ja. Erläuterungen: Das Land hat durch die langfristige Weiterverpachtung der Landesgewässer an Binnenfischer und Angler, durch die Unterstützung der angewandten Fischereiforschung und Ansiedlung von Unternehmen der Aquakultur, wesentlichen Meilensteine in diesem für Mecklenburg-Vorpommern traditionellen Sektor gesetzt. Gemeinsam mit den Mitgliedern von Landesanglerverband, dem früheren Landesfischereiverband und den Umweltverbänden haben wir tragfähige Kompromisse gefunden, um die Konflikte zwischen den Interessen der Anglerinnen und Fischerinnen (Wertschöpfung aus gesunden Fischbeständen) und Umweltinteressen (Schutz von Fischressourcen wie Kegelrobben und Kormoran) zu finden. Wir werden uns selbstverständlich dafür einsetzen, dass in diesem Zusammenhang verfügbare EU-Mittel (tatsächlich auch in Anspruch genommen) werden.	ja. Erläuterungen: Neben Stoffeinträgen durch Privatpersonen, Industrie, Landwirtschaft und geklärten Abwässern, wird die Ostsee zunehmend durch Mikroplastik verunreinigt. Im Rahmen einer Nachhaltigkeitsoffensive des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden wir eine Bioökonomiestrategie entwickeln. Bioökonomie ist der Wandel von einem Wirtschaftssystem, welches vorwiegend auf dem Verbrauch fossiler Rohstoffe basiert zu einer nachhaltigen biobasierten Kreislaufwirtschaft. Wir freuen uns, dass sich das Engagement für Klima-, Umwelt- und Artenschutz auf eine breite Unterstützung aus der Mitte unserer Gesellschaft stützen kann, über alle Generationen, Geschlechter und Herkunft hinweg. Wir begrüßen dieses zivilgesellschaftliche Engagement in verschiedensten Organisations- und Beteiligungsformaten. Für uns sind diese zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen wichtige Ansprechpartner für die Weiterentwicklung der weiteren Prozesse.	ja. Erläuterungen: Windenergie an Land (Onshore) und auf See (Offshore) trägt heute bereits über die Hälfte zur Energieerzeugungskapazität im Land bei. Wind ist an der Küste reichlich vorhanden. Ihn nicht zu nutzen wäre Verschwendung natürlicher Ressourcen in unserem Land. Wir werden auch weiterhin den Windenergieausbau gesteuert und planvoll vorantreiben. Dabei steht der Einklang zwischen Mensch, Natur und Technik für uns immer an erster Stelle. Nachhaltigkeit bedeutet für uns auch, dass Alt-Windkraftanlagen möglichst lange am Netz bleiben. Dort, wo es aus Gründen des Immissionsschutzes und der landschaftlichen Gegebenheiten sinnvoll ist, sprechen wir uns dafür aus, Repowering und Ersatzbau bis zur ursprünglich installierten Nennhöhe weiterhin zuzulassen, auch wenn der Standort nicht mehr als Windenergiegebiet vorgesehen ist.	ja. Erläuterungen: Dies erfolgt im Landesentwicklungsplan, dessen Fortschreibung in der kommenden Legislatur ansteht.
Freiparlamentarische Allianz, FPA	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Team Todenhöfer - Die Gerechtigkeitspartei	ja	ja	ja	ja	ja	ja

Fragen zu den Themen Meer und Küste							
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...							
Partei	...Nährstoffeinträge in die Ostsee durch z.B. Förderung der ökologischen Landwirtschaft und effektive Gewässerrandstreifen reduziert werden?	...Meeresschutzgebiete auf Grundlage ambitionierter Managementplänen betreut und mit Nullnutzungszonen ausgestattet werden, in denen sich Lebensräume regenerieren und sich viele Arten, besonders auch Fischbestände, vom Nutzungsdruck in anderen Gebieten erholen können?	...Gelder aus dem EU-Fischereifonds für eine ökosystemverträgliche und auskömmliche Fischerei ohne Beifang und bodenberührende Fangmethoden verwendet und für aktiven Meeresschutz eingesetzt werden (z.B. für ein Robbenmonitoring in Landesverantwortung und für ein Konfliktmanagement Fischerei-Kegeirobbe)?	...Mülleinträge ins Meer durch nachhaltige Konzepte für Strandtourismus reduziert und Strandlebensräume nicht nur als Nutzungsräume betrachtet werden?	...technische Nutzungen in der Ostsee mit Artenschutz vereinbar umgesetzt werden und das Ökosystem nicht überlasten?	...Flächenentwicklung sowie Mobilitätskonzepte auf dem Meer und im Hinterland vom Land M-V koordiniert werden, z.B. beim Hafenausbau, bei der Regulierung der Befahrung in Schutzgebieten, bei der Hinterlandanbindung mit ÖPNV?	
DIE. LINKE M-V	ja	ja	keine Angabe	ja, Erläuterungen: Wir wollen das in Norwegen erfolgreich etablierte Projekt "Küstenlotterle" in MV umsetzen. Dieses Projekt zielt darauf ab, hinterlassenen und auch angespülten Müll an unseren Küsten und Stränden zu beseitigen. Ein weiterer Ansatz ist die frühzeitige Umweltbildung und damit die Vermeidung von Müll an den Stränden. Bei der Umsetzung werden gesponserte Sachpreise unter den Teilnehmern verlost.	ja	ja	
CDU M-V	unentschieden, Erläuterungen: Scharfere Vorgaben zu Gewässerrandstreifen lehnen wir ab, da die Einträge zum überwiegenden Teil aus diffusen Quellen (Vorflut, Dränagen) resultieren	nein	unentschieden, Erläuterungen: Robbenmonitoring muss aus Mitteln des Artenschutzes bezahlt werden	ja	ja, erfolgt schon Erläuterungen:	unentschieden, erfolgt schon Erläuterungen:	
FREIER HORIZONT	ja	ja	ja	ja	ja, Erläuterungen: Offshore-Windkraft in der Ostsee lehnen wir strikt ab, nicht mit Naturschutz vereinbar.	ja	
AFD M-V	ja	ja	unentschieden	ja	ja	ja	
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	ja	ja	ja	ja	ja	ja	
Partei für Gesundheitsforschung							

Fragen zum Thema Wald						
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...						
Partei	...die Waldbewirtschaftung sowohl der Kohlenstoffbindung dient als auch der Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Dürren u.a. durch Umstellung auf Produktion von hochwertigem Stammholz, Schutz des Bodens vor Verdichtung, Schutz des Waldinnenklimas durch Einzelstamm-Entnahme, Erhöhung des Totholz-Anteils, Stopp von Nadelholzaufforstungen, Nutzung von Naturverjüngung?	...in alten Buchenwäldern die bisherige Praxis beendet wird, das kühlende Blätterdach durch Schirmschlag zu öffnen und damit Hitzeschäden zu provozieren?	...Buchen ab 120 Jahren (Durchmesser in Brusthöhe = BHD 60 cm) als Biotopbäume erhalten bleiben?	...die forstliche Nutzung der landeseigenen Wälder nicht mehr zwingende Voraussetzung für die Finanzierung der Landesforstanstalt ist?	...Landeswälder, die sich im Natura 2000-Schutzgebietsystem befinden, nur noch als Dauerwälder mit Einzelbaumentnahmen genutzt werden?	...die Richtlinien zur Waldbehandlung in M-V mit dem Ziel der maximalen Klimaresilienz der Wälder grundsätzlich überarbeitet werden?
PIRATEN	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Bündnis 90/ Die Grünen M-V	ja. Erläuterungen: Die bisherigen Nutzungskonzepte der Landesforst sichern keine dauerhaft klimastabilen Wälder. Deshalb braucht es in diesem Bereich eine neue Waldstrategie des Landes. Der ökonomische Druck auf die Landesforstanstalt und der daraus folgende Nutzungsdruck auf die Wälder ist gegenwärtig deutlich zu hoch. Hier wollen wir umsteuern. Eine nachhaltige Waldpolitik muss naturnahe, klimaresiliente Dauermischwälder fördern.	ja. Erläuterungen: Im Umfeld des Naturschutzgebietes "Heilige Hallen" im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte kann gut beobachtet werden, welche Folgen intensive forstliche Maßnahme auf den Baumbestand haben. Das großflächige Abräumen von Baumbeständen verändert das Mikroklima und kann Trockenschäden an benachbarten Baumbeständen verursachen. Deshalb sollten für den Schutz alter Baumbestände in benachbarten Beständen auf Schirmschlag verzichtet werden. Einzelbaumentnahmen in Form des Plenterns sind hier aus unserer Sicht besser geeignet.	ja	ja. Erläuterungen: Das Diktat der "Schwarzen Null" im Haushalt der Landesforstanstalt ist aus unserer Sicht nicht das geeignete Leitbild für die Landesforstanstalt. Wald sichert zahlreiche Gemeinwohlfunktionen. Deshalb darf er nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gemeinwohlaufgaben der Landesforstanstalt stärker in den Fokus gerückt werden.	ja. Erläuterungen: Die mangelhafte Berücksichtigung des Naturschutzes in den Landeswäldern, aber auch in den kommunalen und Privatwäldern, ist eines der Hauptprobleme der Waldbehandlung in M-V. Um möglichst artenreiche Wälder mit hoher Strukturvielfalt zu erreichen, müssen die Wälder in den Naturschutz- und den NATURA 2000-Gebieten ohne das Primat des möglichst hohen ökonomischen Erlöses betreut werden. Eine naturnahe Bewirtschaftung in Form von Einzelbaumentnahmen ist hier ein guter Weg.	ja. Erläuterungen: Klimaschutz ist das Gebot der Stunde. Unsere Wälder leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Damit sie das auch dauerhaft tun können, müssen sie anders als bisher behandelt werden. Deshalb stimmen wir Ihrer Forderung nach einer Neuausrichtung der Richtlinien der Waldbehandlung in M-V zu.
Bündnis C - Christen für Deutschland	ja	unentschieden	unentschieden	ja	ja	ja

Fragen zum Thema Wald							
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...							
Partei	...die Waldbewirtschaftung sowohl der Kohlenstoffbindung dient als auch der Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Dürren u.a. durch Umstellung auf Produktion von hochwertigem Stammholz, Schutz des Bodens vor Verdichtung, Schutz des Waldinnenklimas durch Einzelstamm-Entnahme, Erhöhung des Totholz-Anteils, Stopp von Nadelholzaufforstungen, Nutzung von Naturverjüngung?	...in alten Buchenwäldern die bisherige Praxis beendet wird, das kühlende Blätterdach durch Schirmschlag zu öffnen und damit Hitzeschäden zu provozieren?	...Buchen ab 120 Jahren (Durchmesser in Brusthöhe = BHD 60 cm) als Biotopbäume erhalten bleiben?	...die forstliche Nutzung der landeseigenen Wälder nicht mehr zwingende Voraussetzung für die Finanzierung der Landesforstanstalt ist?	...Landeswälder, die sich im Natura 2000-Schutzgebietsystem befinden, nur noch als Dauerwälder mit Einzelbaumentnahmen genutzt werden?	...die Richtlinien zur Waldbehandlung in M-V mit dem Ziel der maximalen Klimaresilienz der Wälder grundsätzlich überarbeitet werden?	
SPD M-V	ja	nein, Erläuterungen: Ohne punktuelle Ausdünnung des Bestandes wird keine natürliche Verjüngung möglich sein.	unentschieden	nein, Erläuterungen: Die Wälder sollen weiterhin durch eine naturnahe Forstwirtschaft wirtschaftlich genutzt werden. Weitere Themenbereiche wie Waldumbildung, Waldtourismus, Gesundheit im Wald, Wald und Naturschutz werden weiter erschlossen und an Bedeutung gewinnen. Wir wollen, dass die Ökoleistungen des Waldes honoriert werden.	nein, Erläuterungen: Grundsätzlich haben wir uns von Kahlschlägen verabschiedet, die Entwicklung geht zum Dauerwald und Einzelbaumentnahme. Punktuelle Kahlschläge müssen möglich bleiben, z.B. Kalamitäten.	unentschieden, Erläuterungen: Seit Jahren erfolgt der Waldbau in Richtung Klimastabile Wälder. Das Landeswaldprogramm wird u.a. auch um die Punkte Anpassung an den Klimawandel und Beschleunigung des Waldbaus erweitert.	
Freiparlamentarische Allianz, FPA	ja	ja	ja	unentschieden	unentschieden	ja, Erläuterungen: Viele Richtlinien, Konzepte und Strategien müssen überarbeitet werden und auf Klimaschutz fokussiert. Aber auch hier ist es notwendig die Umsetzung dessen zu gewährleisten und zu fördern. Konzepte alleine handeln nicht.	
Team Todenhöfer - Die Gerechtigkeitspartei	ja	ja	ja	ja	ja	ja, Erläuterungen: Wir setzen uns für eine massive Aufforstung weltweit ein.	

Fragen zum Thema Wald							
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...							
Partei	...die Waldbewirtschaftung sowohl der Kohlenstoffbindung dient als auch der Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Dürren u.a. durch Umstellung auf Produktion von hochwertigem Stammholz, Schutz des Bodens vor Verdichtung, Schutz des Waldinnenklimas durch Einzelstamm-Entnahme, Erhöhung des Totholz-Anteils, Stopp von Nadelholzaufforstungen, Nutzung von Naturverjüngung?	...in alten Buchenwäldern die bisherige Praxis beendet wird, das kühlende Blätterdach durch Schirmschlag zu öffnen und damit Hitzeschäden zu provozieren?	...Buchen ab 120 Jahren (Durchmesser in Brusthöhe = BHD 60 cm) als Biotopbäume erhalten bleiben?	...die forstliche Nutzung der landeseigenen Wälder nicht mehr zwingende Voraussetzung für die Finanzierung der Landesforstanstalt ist?	...Landeswälder, die sich im Natura 2000-Schutzgebietsystem befinden, nur noch als Dauerwälder mit Einzelbaumentnahmen genutzt werden?	...die Richtlinien zur Waldbehandlung in M-V mit dem Ziel der maximalen Klimaresilienz der Wälder grundsätzlich überarbeitet werden?	
DIE. LINKE M-V	ja	keine Angabe	ja	keine Angabe	ja	ja	
CDU M-V	ja	nein, Forstwirtschaftliche Entscheidungen können am besten vor Ort getroffen werden. Ein grundsätzliches Verbot lehnen wir ab.	Erläuterungen: unentschieden, Erläuterungen: Wir lehnen Eingriffe in des grundgesetzlich geschützte Eigentum ab. Dennoch erachten wir den Erhalt von Biotobbäumen als notwendig.	ja	nein, Die Landesforstanstalt wird schon heute durch Steuermittel unterstützt.	Erläuterungen: ja Hier gilt es entsprechend der Managementpläne den Schutz gem. FFH- oder Vogelschutzrichtlinie umzusetzen.	
FREIER HORIZONT	ja	ja	ja	ja	ja	unentschieden, Erläuterungen: Die Richtlinie enthält bereits gute Ansätze, sie kann selbstverständlich aktualisiert werden. "Klimaresilienz" sollte klarer definiert werden.	
AfD M-V	unentschieden	nein	nein	nein	unentschieden	nein	
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	ja, Erläuterungen: klimaangepasste Aufforstung, 10% der Waldflächen als unbewirtschaftete Schutzzonen	ja	ja	ja, Erläuterungen: Förderung von Schutzzonen	ja	ja	
Partei für Gesundheitsforschung							